

Die Gleichheit in Stellung bringen

Radikaldemokratische Dimensionen der Gewerkschaften

Dagmar Comtesse

Dieser Beitrag geht von einem aktuellen autokratischen Unternehmer aus, Elon Musk, und spiegelt in dieser Figur die dichotomisierende Perspektivendifferenz von Arbeitnehmenden und Kapitalbesitzenden wider. Nur die Perspektive der Arbeitnehmenden erkennt die physischen, psychischen und politischen Schäden, die ein autokratischer Führungsstil bewirkt. Anhand dieses Befundes kann die Funktion der Gewerkschaften und ihrer institutionellen Errungenschaften in den Sozialstaaten Europas in Bezug auf die Verteidigung von Gleichheit und Freiheit als normative Fundamente der Demokratie ausgeleuchtet werden. Es geht nicht nur um die vitale Dimension faktischer Arbeitszeiteinschränkungen, sondern auch darum, Arbeitgeber*innen und Führungspersonal in ihrer schamlosen Arroganz zurückzuweisen. Eine Arroganz, die nur so auftreten kann, weil die Asymmetrie zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen genauso sehr ökonomisch strukturiert, wie kulturell legitimiert und politisch gesichert ist. Gewerkschaften kämpfen nicht nur für ökonomische Abmilderungen der Arbeitgeber*innenmacht, durch Lohnverhandlungen und Arbeitszeitregelungen, sie ermächtigen Arbeitnehmer*innen, diskreditieren Arbeitgeber*innen und stellen die politische Machtverteilung in Frage. Damit wirken die Gewerkschaften radikaldemokratisch auf Gesellschaften ein.

1. Der autokratische Unternehmer: Des einen Leid ist des anderen Freud

Elon Musk kündigte 2022 bei seiner Übernahme von Twitter Tausenden Arbeitnehmer*innen per E-Mail und forderte von allen Mitarbeitenden, »sie müssten bis Donnerstag entscheiden, ob sie ›lange Arbeitszeiten mit hoher Intensität‹ akzeptieren oder eine Abfindung von drei Monatsgehältern nehmen« und gehen.¹ Natürlich ist das Beispiel aus den USA nicht ganz passend für den europäischen politischen Raum, in welchem Kündigungsschutz und Arbeitszeitregelungen standardisiert sind. Dennoch kann der unternehmerische Habitus von Musk, der sich in etlichen Forderungen und

1 Der Standard 2022.

Inszenierungen wiederholt, wie beispielsweise mit seiner Aufforderung an die Mitarbeitenden der neugegründeten ›Effizienzagentur‹ im Februar 2025, 120 Stunden in der Woche zu arbeiten, als aktueller und emblematischer Ausdruck von »unternehmerischer Autokratie« gelten.

Tatsächlich wird Musk in US-amerikanischen Medien bereits als Verkörperung des »autocratic leadership« analysiert und diskutiert.² Folgende Merkmale werden dabei aufgezählt: Autokratische (Unternehmens-)Führung sei prozedural die Kultur der »Alleinentscheidung«, wobei der Unternehmensleiter über »absolute Autorität« verfüge und »strikte Zustimmung von seinen Untergebenen erwarte«³. So erwarte Musk »vollständiges Einreihen hinter seine ehrgeizigen Ziele«, und all jene, die »von seinem großartigen Plan abweichen, sind intensiver Kritik und Frustration ausgesetzt«⁴.

Vergleicht man Reaktionen aus der Kommentarspalte des *Standard*-Artikels mit jenen aus der Welt der ›Business- Insider‹, das heißt jener an Kapitalentwicklung und Führungsstilen interessierten Subjekten, die sich mit größter Wahrscheinlichkeit nie in der Position eines Arbeitnehmenden unter einem autokratischen CEO befinden, dann sieht man starke Wahrnehmungsunterschiede. Auch wenn Musk in der Unternehmer*innen-Welt kritisch wahrgenommen wird – beispielsweise werden Business-School-Professor*innen interviewt, die sich um die Fehlerkultur in Unternehmen aus innovations-technischer Perspektive sorgen – zählt aus dieser Perspektive nur der zu erwartende Gewinn oder Verlust von Aktien des autokratisch geführten Unternehmens.⁵ Hingegen reagieren die Lesenden des österreichischen linksliberalen Hauptmediums *Der Standard* in erster Linie aus der Sicht der Arbeitnehmenden. Hier einige Stimmen: »Alle zu feuern, die sich nicht versklaven lassen wollen« (»Resc22«) sei keine gute Unternehmenspolitik; »Jeder Mensch ist anders« leitet »Ykä« den Kommentar ein, »Warum haut man da mit der Keule drauf und sagt nein, keine Wahlmöglichkeit mehr denn ihr seid Lohnsklaven und müsst so arbeiten wie ich mir das jetzt einbilde?«; mit Hinweisen darauf, dass die Produktivkraft »genügend pausen, ablenkung und schlaf« brauche, »um qualitativ hochwertig arbeiten zu können« verteidigt »Kramper« die von Musk angegriffenen Arbeitnehmer*innenrechte; manche ziehen Vergleiche zur »Industrie des 19. Jahrhunderts« (»anton-aus-Tyrol«) beziehungsweise zum »Manchesterkapitalismus« (»Blunschli«). Nur ein Kommentierender wagt es, Musk zu verteidigen und damit die österreichischen Arbeitnehmer*innenrechte anzugreifen: »In Österreich unvorstellbar. Hier will man ein bequemes Leben fürstlich entlohnt bekommen. Teilzeit, Work from home, Inflationsanpassung, Arbeiterkammer, Gewerkschaft. So ist die Mentalität hier. Nur nicht ins Schwitzen kommen lautet das Motto« schreibt »Thomas Neuschütz« und erntet damit 43 Negativkommentare.⁶ Die linksliberale Leser*innenschaft des *Standard* positioniert sich eindeutig.

2 Nicht nur der hier zitierte Blog, sondern auch businessinsider.com nennt Musk einen »autocratic leader«.

3 Wellable 2025.

4 Wellable 2025.

5 »For Klepper, Musk's autocratic style leaves no room for constructive criticism« (Bhaimiya 2022).

6 Alle Kommentare zitiert nach *Der Standard* 2022.

Die Dichotomie von arbeitgeberfreundlicher und arbeitnehmerfreundlicher Perspektive, vormals bekannt als Klassenkampf, ordnet die Positionierungen wie von allein an. All jene, die sich mit den Arbeitenden identifizieren, können sich einen autokratischen Vorgesetzten vorstellen und damit das Leid wahrnehmen, das sich unmittelbar aus dieser Konstellation ergibt. Diese verurteilen Musk und verteidigen Arbeitnehmer*innenrechte. Jene aber, die auf eine abstrakte Produktivitätsrate entweder von Volkswirtschaften oder Unternehmen fokussieren, völlig losgelöst von den subjektiven Umständen, unter welchen diese erzielt wird, bewerten autokratische Führungsstile nur nach ihren potentiellen Gewinnaussichten. Leidperspektiven sind ihnen fremd. Genauso ist dieser Perspektive fremd, die Ungleichheit zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgeber*innen beziehungsweise Führungspersonal als Problem wahrzunehmen. Die Kommentierenden des *Standard* sorgen sich nicht nur um das physische Leid, das sich aus Überstunden und Unterbezahlung, Überforderung und Stress ergibt, sondern auch um die psychische Dimension der Unterwerfung und Auslieferung, die sich in der Verwendung des Begriffs der »Versklavung« ausdrückt.

Dass damit die – bis in die abstoßendste Grausamkeit reichende – Gewaltdimension der Versklavung völlig ausgeblendet wird, die weder den Twitter-Angestellten noch anderen Angestellten demokratischer Arbeitswelten angetan wird, muss zumindest einmal erwähnt werden. Sowohl Gewaltlosigkeit wie auch Lohnzahlungen irgendeiner Art bilden die *differentia specifica* von Arbeit und Sklaverei. Der Zwang zur Lohnarbeit und die strukturelle Gewalt der Unterwerfung verbindet jedoch beides. Insofern ist Lohnabhängigkeit ein Einfallstor für Unfreiheit und Ungleichheit, was die normativen Fundamente der Demokratie gefährdet. Freiheit und Gleichheit werden umso stärker negiert, je mehr Lohnarbeit aus existentieller Not, das heißt ohne Auswahl an Jobalternativen und ohne zumindest temporären Rückzug in eine staatlich gesicherte Existenz, eingegangen werden muss und je stärker Unterwerfungsmomente im Arbeitsleben stattfinden. Umgekehrt finden sowohl autokratische Führungsstile in Unternehmen wie auch ein generell autokratisches Rollenverständnis von Unternehmen umso weniger statt, je mehr Freiheit und Gleichheit als normative Selbstverständlichkeit in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden.

Die ökonomische, politische und kulturelle Begrenzung unternehmerischer Autokratie auf persönlicher und struktureller Ebene wird seit der industriellen Revolution und der aus ihr resultierenden Arbeiter*innenbewegung *auch* von Gewerkschaften geleistet. Mit dem Wegbrechen der kommunistischen und sozialistischen Parteien und der Sozialdemokratie seit dem Systemsieg des Kapitalismus übernehmen die Gewerkschaften zunehmend als einzige Instanz in den liberal-kapitalistischen Gesellschaften diese Funktion. Insbesondere die außerinstitutionelle Zurückweisung und Begrenzung von Macht im Namen der Gleichheit wird seit gut vierzig Jahren im politiktheoretischen Diskurs von sogenannten radikalen Demokratietheorien als spezifische demokratische Wirkungsweise beschrieben. Diese Demokratietheorien sehen demokratische Herrschaft nicht durch Institutionen wie Parlamente, freie Wahlen und unabhängige Gerichtsbarkeit hergestellte Herrschaft an, sondern als permanentes, vor allem diskursives Ringen um Gleichheit und Freiheit. Gewerkschaften sind ein ausgezeichneter Ort dafür, da sie von einem Konflikt zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen ausgehen sowie die Gleichheit aller Lohnabhängigen vertreten und konkret

für Freiheit von Arbeit aber auch für Freiheit durch Partizipation kämpfen. Zwei der prägendsten radikaldemokratischen Denkweisen, vertreten durch Ernesto Laclau und Jacques Rancière, sollen hier vorgestellt werden, um jeweils durch ihre Blickrichtung die radikaldemokratischen Dimensionen der Gewerkschaften aufscheinen zu lassen.

2. Ernesto Laclau: Gewerkschaften als sozialer Agent des Angriffs auf die kapitalistische Hegemonie

Gewerkschaften spielen im Denken des aus Argentinien stammenden Radikaldemokraten Ernesto Laclau eine entscheidende Rolle. Sein gewerkschaftliches Engagement und das seiner Familie bilden den normativen Erfahrungshintergrund für die Formulierung des radikaldemokratischen Programms, durch eine Vervielfältigung von oppositionellen Bewegungen, welche Laclau aufgrund seines sprachphilosophischen Vokabulars ›Äquivalenzketten‹ nennt, soziale Demokratie als Hegemonie zu errichten. Gewerkschaften treten dabei in zweifacher Weise in dem programmatischen Plan auf, den Laclau zusammen mit Chantal Mouffe Mitte der 1980er Jahre formuliert hat:⁷ Zum einen als Knotenpunkt für die Etablierung kollektiver Identitäten und zudem als Knotenpunkt für die Artikulation eines Angriffs auf die kapitalistische Ordnung. Einen solchen nennt Laclau ›Antagonismus‹.

Um Laclaus Diskurstheorie und komplexe Denkweise, die seiner radikalen Demokratietheorie zugrunde liegen, schnell und einfach begreiflich zu machen, bietet sich ein grundlegender Perspektivenwechsel an. Statt einer klaren Realität sieht man mit Laclau keine eindeutige Welt, sondern ein unendliches Meer von Bedeutungen, Signifikationen, die auf willkürliche Weise mit den Gegenständen (materielle und immaterielle Einheiten) verknüpft sind. Diese Willkür ist jedoch kein Zufall, sondern Kontingenz. Beispielsweise ergibt sich die Bezeichnung ›Auto‹ einerseits aus der Sprachgeschichte, in der der lateinische Ursprung von ›Automobil‹ als Selbstbewegung enthalten ist. Andererseits kommt die Bezeichnung auch durch Abgrenzung zu den bereits vergebenen Bedeutungen, wie beispielsweise ›Kutsche‹ zustande. Bedeutungen bleiben nicht gleich. Zum einen, wie das Auto zeigt, weil neue Gegenstände existieren oder alte verschwinden. Zum anderen, und das hat nun mehr mit Demokratie zu tun, weil Bedeutungen Ergebnisse von Kämpfen um Deutungen sein können. Untertanen oder Bürger, Unterständische oder Proletarier, Werktätige oder Humankapital, Ehefrauen oder Bürgerinnen, Putzfrauen oder Reinigungskräfte, Abschiebungen oder Remigration – es gibt unendlich viele Beispiele von Bedeutungsverschiebungen, die anzeigen, dass hinter Bedeutungen mehr oder weniger starke Kämpfe um Macht, Agenda-Setting, Anerkennung, Rollenerwartungen oder Identitätszuschreibungen stehen können.

So sieht Laclau in Bedeutungssystemen Strukturen der Gesellschaft, politische und soziale Kämpfe sowie Identitäten *gespeichert*, die in Sprechakten, vielfältigen Visualisierungen wie Texten oder Werbeplakaten aber auch in Institutionalisierungen wie der Verkehrsordnung reproduziert werden. Laclau geht folglich, auch wenn dies in seinen Schriften etwas unterbelichtet bleibt, in erster Linie von der Reproduktion des jeweils

7 Laclau/Mouffe 1991.

bestehenden Bedeutungssystem aus, das man auch als ›Basis‹ bezeichnen könnte. Die Pointe seines Denkens besteht jedoch darin, diese Basis als Produkt von politischen Auseinandersetzungen sowie von der Logik der Bedeutungssysteme zu sehen. Ähnlich zu Rechensystemen operieren Bedeutungssysteme gemäß der Logik von Differenz und Einheit – ein Auto ist keine Kutsche und auch kein Fahrrad und so weiter.

Die politische und sozialphilosophische Dimension der Laclau'schen Diskurstheorie besteht nun darin, dass Menschen als Subjekte gesehen werden, die diskursiv strukturiert sind. Keine Handlung findet ohne Bedeutungsbezeichnung statt, vom Toiletten-gang bis zum Schulabschluss. Eingebettet in das bestehende Bedeutungssystem reproduziert die jeweilige Selbstverortung, selbst die spekulativste Imagination, bestehende Bedeutungsmuster. Gleich ob es sich um die geschlechtliche Identität oder um die Vorstellung von Berufsaussichten handelt, um praktizierte religiöse Hingabe oder die Aneignung neuester Technik – nicht nur die Handlungen selbst, sondern auch die mit ihnen verbundenen Subjektpositionen, wie beispielsweise ›Mädchen‹ oder ›Junge‹, ›Youtuber‹ oder ›Glaubensbruder‹, bilden das Subjekt. Mit diesen Subjektpositionen sind Handlungsweisen, Selbstverständnisse, Weltdeutungen und oftmals Institutionalisierungen (man denke an die Geschlechtsidentität auf Personalausweisen oder Kirchenmitgliedschaften) verbunden.

Dieses ›Verbunden-Sein‹ nennt Laclau ›Artikulation‹, welche er als eine »Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat entsteht«⁸ definiert. Artikulationen verbinden Bedeutungen untereinander, aber auch Bedeutungen mit Subjektpositionen. Solche verbundenen Einheiten beziehungsweise Identitäten nach Laclau sind scheinbar einfache Bezeichnungen wie ›Schülerin‹ oder ›Katholik‹. Dahinter können jedoch jahrhundertealte Praktiken, Bedeutungsnetze und global verwirklichte Institutionen stecken. Orte, an denen Artikulationen gehäuft und erfolgreich durchgeführt stattfinden, nennt Laclau ›Knotenpunkte‹ – und genau ein solcher sind für ihn beispielsweise Gewerkschaften.

2.1 Gewerkschaften als Produktionsstätte einer *universellen* politischen Identität

Das Denken Laclaus ist ›postmodern‹, das heißt ohne universellen Fluchtpunkt oder Rückzugsort. Kein Gott, keine Vernunft, keine Natur, keine Arbeiterklasse – nichts kann im Denken von dynamischen Bedeutungssystemen als letzter Anker dienen; alles ist ›nur‹ temporär fixierte Bedeutung. Diesem Denken wurde in der letzten Dekade von verschiedensten Seiten aus in einer insgesamt konservativen Wende der westlichen Gesellschaften Schuld am Scheitern der Sozialdemokratie oder am Erfolg des Rechtspopulismus gegeben.⁹ Dabei ist die Annahme, dass wir uns in ständig reproduzierten Bedeutungssystemen befinden, keineswegs eine luftige Perspektive, in der ›alternative Fakten‹ jederzeit genauso möglich sind, wie hart erarbeitete wissenschaftliche Studien. Wie Philipp Sarasin gegen die Kritiker der Postmoderne treffend auf den Punkt

8 Laclau/Mouffe 1991: 139.

9 Frankfurter Allgemeine Zeitung 2017; Hampe 2016.

bringt: »Ein Rotlicht ist eine vollständig kontingente Regel, ein einfacher Code, den man interpretieren können muss. Wer ihn falsch interpretiert, riskiert den Tod«¹⁰.

Damit sollte deutlich geworden sein, dass jeweilige historische Bedeutungssysteme in unendlich vielen Praktiken, Gegenständen, Subjekten und Institutionen manifestiert sind. Zusammengehalten werden die jeweiligen Bedeutungssysteme von einer hegemonialen Diskursformation, welche Bedeutungen und ihre materiellen Träger fixiert sowie neue Bedeutungseinheiten in ihre Reihen zu integrieren versucht. Haben wir es in der Nachkriegszeit beispielsweise mit einer sozial-kapitalistischen Demokratie in der Bundesrepublik zu tun gehabt, in der soziale Absicherung und Gemeinschaft (noch stark durch Kirchen aber auch durch die Arbeiter*innenbewegung geprägt) neben Kapital und Demokratie Bedeutung an sich gezogen und verteilt hat, kann man seit dem Systemsieg gegenüber dem Sozialismus von einer liberal-kapitalistischen Demokratie als Hegemonie sprechen. Die liberale Dimension dieses Bedeutungssystems zeichnet sich durch eine Vervielfältigung kollektiver Identitäten wie zum Beispiel der Frauenbewegung, Schwulen- und Lesbenbewegung, der Friedensbewegung und den ökologischen Bewegungen aus, die sich Bedeutung hart erkämpft haben und alte Deutungshoheiten (insbesondere die patriarchale Ordnung) erfolgreich entmachten konnten. Keine Hegemonie kommt jedoch mit einer bloßen Vielfalt von kollektiven Identitäten aus – diese Pluralität »würde sich selbst zerstören«¹¹, da die Identitäten sich gegeneinander richten würden. Eine hegemoniale Diskursformation braucht universalisierende Kräfte, die durch partikulare Gruppen (nach Laclau »Knotenpunkte«) hindurch reichen.

Solche universalisierenden Kräfte sind besonders kompetente »Knotenpunkte«, die eine starke, affektiv wirksame Artikulation von Bedeutungen und Subjektpositionen zustande bringen. So konnten die christlichen Kirchen noch bis zur 68er Revolution Geschlechteridentitäten, Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, verschiedene Parteimitglieder und sogar ehemalige Nationalsozialisten mit Antifaschist*innen vereinen. Der gemeinsame Nenner – der universelle Anspruch – war der (christliche) Glaube. Eine ähnliche Funktion konnte »die Arbeiterklasse« beziehungsweise der Klassenbegriff im 19. Jahrhundert ausfüllen. Die Artikulationsorte waren Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Marxist*innen und die Sozialdemokratie. In der Nachkriegsordnung war der Klassenbegriff durch die Systemkonkurrenz des Ost-West-Begriffs jedoch zum einen nicht mehr eindeutig innerhalb des Bedeutungssystems der Bundesrepublik besetzbar und zum anderen durch Ausdifferenzierungen der Arbeitswelt sowie gesellschaftlicher Ungleichheitsdimensionen (Geschlecht, Bildung, Sexualität als Ungleichheitsfaktoren, die vorher nicht wahrgenommen wurden) nicht mehr universell einsetzbar. Jedoch konnten die Gewerkschaften, die sich natürlich auch erst für Frauen* und migrantische Arbeitnehmer*innen öffnen mussten, diese universalisierende Funktion und Kraft ausfüllen. Sie konnten und können das aufgrund eines gleichmachenden Prinzips, das eine Art übergeordnete Subjektposition ausspricht: *Wir sind alle Lohnabhängige*. Und jene, die es nicht sind, gehören – vermittelt durch ihren Besitz und ihr Vermögen – zu den Herrschenden. Beide sind einander entgegengesetzt.

10 Sarasin 2017.

11 Laclau, 2002: 53.

Gewerkschaften formulieren also nicht nur eine geteilte Subjektposition in einer Diskursformation vielfältiger kollektiver Identitäten, sie verbinden diese mit einem Gegensatz, einer Opposition. Die Verbindung, nach Laclau ›Artikulation‹, von einigender Subjektposition und Gegensatz kann Ausdruck eines gesellschaftlichen Antagonismus werden, wenn sich diese Opposition durch unerfüllte Forderungen, Ausdehnung von Forderungsketten und affektive Parteinahme anreichert. Doch auch wenn es nicht zu einem voll entfalteten Antagonismus kommen sollte, ist allein die Artikulation der universellen kollektiven Identität verbunden mit einem konstitutiven Spannungsverhältnis extrem hilfreich für Demokratien: Die Repräsentation von Beherrschten und Herrschenden im öffentlichen Diskurs, gerade in einem demokratischen öffentlichen Diskurs, der unter der Prämisse der Gleichheit aller Bürger*innen stattfindet, ist existentiell – identitätsbildend – für jene, die unten stehen, die gehorchen müssen, deren Arbeitsstunden genau gezählt werden und deren Miete immer steigen kann. Für diese stehen die Gewerkschaften eindeutiger, als es die sozialdemokratische Partei nach dem Systemsieg des Kapitalismus – in der Bundesrepublik wie in den europäischen Nachbarländern – vermochte.

Der französische Soziologe Didier Eribon analysierte die Übernahme der beherrschten Subjektposition durch den Rechtspopulismus in Frankreich seit den 1990er Jahren mit der Nicht-Repräsentation dieser Identität im politischen Diskurs: »Der Begriff der Herrschaft und die Idee einer strukturierten Polarität zwischen den Herrschenden und Beherrschten verschwand von der politischen Landschaft der offiziellen Linken zugunsten der neutralisierenden Idee eines »Gesellschaftsvertrages« [...]. Man kann die Situation zusammenfassen, indem man sagt, dass die Parteien der Linken und ihre Partei- sowie Staatsintellektuellen seitdem [Systemsieg] in der Sprache der Regierenden dachten und sprachen und nicht mehr in der Sprache der Regierten [...]«¹². Den Standpunkt der Regierten, Reglementierten und tendenziell Ausgebeuteten haben die Gewerkschaften nie aufgegeben und vertreten ihn, zusammen mit wechselnden Parteien, wahrnehmbar.

2.2 Gewerkschaften als Stabsstelle für den Angriff auf die kapitalistische Ordnung

Die Bildung eines Antagonismus erklärt Laclau sehr theoretisch als Vorgang geteilter Ablehnung einer hegemonialen Diskursformation, die sich aus inhaltlich nicht integrierten Forderungen, oppositionellen Forderungen und affektiver Repulsion zusammensetzt. Der Aufbau einer gegenhegemonialen kollektiven Identität kommt jedoch nur dann zustande, wenn sich nicht integrierte Forderungen und oppositionelle Forderungen über ihr geteiltes Abgelehnt-Sein (nach Laclau ›reine Negativität‹) hinaus positiv in einem begehrten Ganzen bündeln lassen. Die Sehnsucht nach ›unerreichbarer Fülle‹ tragen wir, so Laclau in Gedanken Sigmund Freud folgend, seit frühester Kindheit in uns und dies bildet eine Art ›ideologischen Rezeptor‹ (ein Erbe des Ideologiebegriffs von Louis Althusser). An diese Sehnsucht können Vorstellungen der ›klassenlosen Gesellschaft‹, der ›gerechten Gesellschaft‹, der ›versöhnten Gesellschaft‹, der ›großartigen Gesellschaft‹ oder der ›klimaneutralen Gesellschaft‹ andocken. Gewerkschaften produzieren normalerweise kein solches Ganzheitsversprechen, das machen Parteien oder Bewegungen.

12 Eribon 2009: 131 (eigene Übersetzung).

Daher kann man Gewerkschaften als ›Stabsstelle‹ für die Produktion eines voll entfalteten Antagonismus ansehen: Durch die Bereitstellung einer kollektiven Identität der Lohnabhängigen, die Frontstellung zu Arbeitgeber*innen und Kapitalbesitzenden und der pragmatischen Ausrichtung an besseren Arbeitsbedingungen, spielen sie politischen Akteuren zu, die das Ganze versprechen oder fordern. Allein die turnusgemäßen Tarifstreiks in der Bundesrepublik rufen alle zwei Jahre den Werktätigen in Erinnerung, dass sie eine Subjektposition teilen, dass es eine Instanz gibt, die für sie spricht und dass die Struktur unseres Seins als Lohnabhängige gestaltbar ist. Gestaltbar im Guten wie im Schlechten, denn: Die Vereinnahmung der Gewerkschaften durch die hegemoniale liberal-kapitalistische Diskursformation, ausgedrückt in Begriffen wie ›Moderation‹, ›Sachzwang‹ oder ›globale Wettbewerbsfähigkeit‹ hat den Gewerkschaften und der Gesellschaft sehr geschadet. Die faktische Stagnation des Reallohns von 1991 bis 2023 bei gleichzeitiger enormer Produktivitätssteigerung,¹³ die Ausdifferenzierung von Tätigkeiten, die Notwendigkeit der permanenten (technologischen) Weiterbildung und die Zunahme örtlicher Flexibilität und befristeter Beschäftigungsverhältnisse hat die Gestaltungsmacht für die Regierten verkleinert und für die Regierenden vergrößert. Dadurch wurde auch die universalisierende Kraft der Gewerkschaften abgeschwächt. Zudem sind Einzelgewerkschaften wie *Cockpit* und *GDL* zwar einerseits bekannt für effektive Arbeitskämpfe, aber andererseits auch für das Durchsetzen von Einzelinteressen, im Fall von *Cockpit* gar von kapitalbesitzenden Einzelinteressen.

Die Spannung zwischen partikularen Interessen und universellem Anspruch, die ohnehin in der gewerkschaftlichen Funktion der Durchsetzung von partikularen Tarifen und Arbeitnehmerinteressen eingeschrieben ist, kann im gemeinsamen Nenner ›Lohnabhängige‹ nur dann zugunsten der universalisierenden Kraft entschieden werden, wenn die Einzelinteressen in der Gewerkschaftsarbeit zumindest nicht im Vordergrund stehen. Insofern sind Formulierungen der Gewerkschaften, welche den Wert der Arbeit an sich verteidigen oder auf den Zusammenhang von Lohn, guter Arbeit und gesellschaftlichem Nutzen hinweisen, universell anschlussfähig. Sie sprechen alle Lohnabhängigen an und rufen sowohl die kollektive Identität wie die geteilte Opposition zu jenen, die nicht arbeiten müssen oder zumindest nicht von ihrem Lohn abhängig sind, auf.

Ein Antagonismus entsteht allerdings erst, wenn gewerkschaftliche Forderungen nicht erfüllt werden und zudem noch frei flottierende Einzelforderungen wie bessere Kinderbetreuung, mehr Bildungsgerechtigkeit oder bessere Gesundheitsversorgung von den Gewerkschaften mitartikuliert werden können. Dann erweitert sich die Forderungskette zu einer Gesamtperspektive, die eine alternative Ordnung sichtbar werden lässt. Die Bedeutung der Durchsetzungskraft dieser Ordnung, also Zeichen für den politischen Wandel oder die neue politische Ordnung zu sein, kann jedoch nicht die Gewerkschaft übernehmen, da sie in ihrer Funktionszuschreibung zu stark auf die Arbeitswelt eingeschränkt ist. Daher muss für Bildung einer gegenhegemonialen Diskursformation ein umfassenderer ›leerer Signifikant‹, wie Laclau es nennt, der beispielsweise eine soziale Bewegung, eine Partei oder eine Person sein könnte, hinzukommen.

13 vgl. Zinke 2020.

Gewerkschaften wirken aus der Perspektive Laclaus als zuverlässiger radikaldemokratischer Akteur, solange sie nicht die Seite wechseln und für die Arbeitgeber*innen Artikulationen vornehmen. Der jeweils auszuhandelnde Kompromiss zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen könnte Gewerkschaften mehr als »Ordnungsfaktor« denn als »Gegenmacht«¹⁴ erscheinen lassen. Jedoch kommt vor jedem Kompromiss der Arbeitskampf, so dass durch die permanente Inszenierung des Konfliktes sowie die Bereitstellung der nach wie vor gültigen universellen Subjektposition »Lohnabhängige« die Hauptfunktion der Gewerkschaften im Dissens liegt. Jedoch schaffen es manche hegemonialen Formationen, diese radikaldemokratische Dissensfunktion zugunsten einer »Ordnung des Konsenses«¹⁵ umzustellen. In solchen Fällen wird nicht nur kein Antagonismus aufgebaut, sondern auch die Subjektposition der Lohnabhängigen der universellen Identität der Nationalbürger*in untergeordnet.

3. Jacques Rancière: Gewerkschaften als politische Subjektivierung der Arbeitnehmer*innen

Während Laclau von einer ontologischen Dynamik anthropologisch gegebener Bedeutungssysteme ausgeht, setzt der französische Radikaldemokrat Jacques Rancière die Dynamik von menschlicher Gleichheit und Ungleichheit an den Anfang des politischen Denkens. »Jede Hierarchie« so Rancière, »[be]ruht auf der äußersten Anarchie«¹⁶. Mit dieser »äußersten Anarchie« bezeichnet Rancière die fundamentale Gleichheit der Menschen. Jedes Argument gegen die Gleichheitsannahme muss sich an folgender harter Realität messen: »Es gibt Ordnung, weil die einen befehlen und die anderen gehorchen. Aber um einem Befehl zu gehorchen, [...] muss man den Befehl verstehen, und man muss verstehen, dass man ihm gehorchen muss«¹⁷. Mit anderen Worten: Ordnung basiert auf der gleichen Fähigkeit aller Ordnungsteilnehmenden, die jeweilige Ordnung zu verstehen. Hart ist diese Realität, da Ordnungen oftmals mit grausamer Gewalt durchgesetzt werden – und dennoch nur funktionieren können, wenn die gewaltvoll Unterworfenen verstehen, wer befiehlt und was befohlen worden ist. Sozio-politische Ordnungen brauchen notwendigerweise Herrschaftsunterworfenen, welche die Ordnung verstehen und befolgen können und folglich teilen, so Rancière, Herrschende und Beherrschte die gleichen Fähigkeiten. Und somit, das ist sein entscheidender logischer Schritt, zeichnen sich Herrschende durch Nichts aus. Ihre Herrschaft ist reine Kontingenz, in manchen Fällen vielleicht sogar Zufall. Das »Fehlen jedes Herrschaftsanspruches« ist einerseits Rancières quasi-anthropologische erste Prämisse und andererseits der erste Teil seiner Demokratiedefinition: »Demokratie bedeutet also [...] eine anarchische »Regierung«, die

14 So der Titel der Diskussion, die schon in den 1970er Jahren gerade in Bezug auf das bundesrepublikanische Modell geführt wurde (Schmidt 1971).

15 Silke van Dyk beleuchtet den Beitrag der Gewerkschaften zum gesellschaftlichen Konsens am Beispiel der Niederlande und Irland. Im Fall der Niederlande haben die Gewerkschaften sogar »vor allen anderen europäischen Gewerkschaften den angebotspolitisch fundierten Zusammenhang von Lohnhöhe und Wettbewerbsfähigkeit [akzeptiert]« (van Dyk 2006: 94).

16 Rancière 2002: 28.

17 Rancière 2002: 29.

auf nichts anderem gründet als auf dem Fehlen jedes Herrschaftsanspruchs¹⁸. Eine demokratische Regierung wäre jene, die stets zumindest mitäußert: Und das, was wir befehlen, könnte jede und jeder von euch befehlen, weil wir uns in Nichts von euch unterscheiden.¹⁹

So wie jede Ordnung Gleichheit voraussetzt, ist mit jeder Ordnung aber auch Ungleichheit gegeben. Selbst eine demokratische Regierung müsste befehlen und damit jene Praktiken und Institutionen aufbauen oder nutzen, die Rancière plakativ »Polizei« nennt.²⁰ Mit jenen Praktiken und Institutionen werden automatisch nur bestimmte Individuen betraut, nicht alle können gleichzeitig Regierungshandeln übernehmen. Jene aber, die mit der Gesetzgebung, Gesetzdurchsetzung und allgemeinen Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt sind, verfügen in jedem Fall über mehr Macht als die Nicht-Regierenden. Oftmals wird diese Macht verschiedene Dimensionen annehmen: Kulturell, politisch, ökonomisch. Daher folgt, dass »jeder Staat oligarchisch [ist]«²¹. Die Oligarchie beschränkt sich nicht auf den privilegierten Zugang zu verschiedenen Machtressourcen, sondern dehnt sich – ähnlich zum Bedeutungssystem von Laclau – auf die gesamte »Ordnung des Sichtbaren und Sagbaren«²² aus. Wer wo was zu arbeiten hat, wer was zu sagen hat, wie etwas von Bedeutung gesagt werden kann und wer gar nicht erst in Erscheinungen treten darf – all das wird von einer Ordnung geregelt, weshalb Rancière die sozio-politische Ordnung allgemeiner »Ordnung des Erscheinens«²³ nennt.

Aus dem traurigen Schicksal jeder Ordnung, notwendigerweise auf Gleichheit angewiesen zu sein und ebenso notwendig Ungleichheit zu produzieren, zieht Rancière jedoch nicht den anarchistischen Schluss, alle Ordnung auflösen zu wollen. Er akzeptiert die epische Tragödie menschlicher Ordnungen und macht sie einer demokratischen Qualifikation zugänglich:

»Damit ist gemeint, dass die Verfassungsformen und die Praxis der oligarchischen Regierungen als mehr oder weniger demokratisch bezeichnet werden können. [...] Man kann aus dieser Perspektive die maßgeblichen Regeln für jenes Minimum aufzählen, das es einem repräsentativen System erlaubt, sich als demokratisch zu verstehen: kurze, nicht akkumulierbare und nicht erneuerbare Mandate; das Monopol der Volksvertreter über die Ausarbeitung der Gesetze; das den Staatsfunktionären auferlegte Verbot, zugleich Abgeordnete zu sein; die Reduktion der Wahlkampagnen und ihrer Kos-

18 Rancière 2016: 64.

19 Diese Charakterisierung der demokratischen Regierung ist verwandt zu populistischen Formulierungen, dass das Volk zu regieren habe. Doch jede populistische Regierung hat bisher immer noch ihre Differenz zum Volk vertreten: Nicht das Volk selbst könne regieren, sondern *nur* jene, die das Volk verstünden. So drückt auch Donald Trump seinen Herrschaftsanspruch in seiner besonderen Fähigkeit aus, das »Land« retten zu können und dadurch über allem Recht zu stehen: »He who saves his Country does not violate any Law« (vgl. Scheppele 2025).

20 Rancière 2002: 33–55.

21 Rancière 2016: 107.

22 Rancière 2002: 41.

23 Rancière 2002: 41.

ten auf ein Minimum und Kontrolle der Einmischung ökonomischer Kräfte in die Wahlvorgänge.«²⁴

Das sind beispielhafte *Regeln*, die eine demokratisch-oligarchische Regierungsweise von allen anderen oligarchischen Regierungsweisen unterscheidet. Bereits diese Regeln zeigen, dass all jene Institutionen und Gesetze, die eine Machttakkumulation erschweren und verhindern, demokratisch wirken. Damit sind auch Gewerkschaften angesprochen: Sie verhindern oder erschweren, dass Arbeitgeber*innen oder Unternehmer*innen Zugriff auf politische Vorgänge haben und dass es eine »solide Allianz von staatlicher und wirtschaftlicher Oligarchie«²⁵ gibt. Abgesehen von anti-oligarchischen Institutionen und Regeln, sind es jedoch auch Praktiken und Ereignisse, die spezifisch demokratisch wirken. So wie die Etablierung und Aufrechterhaltung der Ordnung oligarchischen Charakter hat, so ist die »Gesamtheit der Praktiken, die von der Annahme der Gleichheit jedes sprechenden Wesens mit jedem anderen [...] geleitet ist«²⁶ demokratisch. Dies ist der hauptsächliche Einsatzort der Demokratie, so Rancière, da die aktuellen Handlungen und Ereignisse noch nicht in Ordnungen geronnen sind. Wo auch immer und wer auch immer im Namen der Gleichheit die bestehende Ordnung in Frage stellt, angreift oder bekämpft, handelt demokratisch und erzeugt dabei neue Subjektpositionen, die Rancière »Subjektivierung«²⁷ nennt.

Das Demokratische an Handlungen, Ereignissen oder eben Subjektivierungen (also die Entstehung einer Instanz, die Aussagen tätigen kann) ist die Veränderung der bestehenden Ordnung im Namen der Gleichheit. Diese Veränderung fasst Rancière sehr streng und damit nicht unbedingt praxistauglich. Beispielsweise sei »ein Streik nicht politisch [d.h. demokratisch], wenn er eher Reformen als Verbesserungen fordert oder wenn er die Autoritätsverhältnisse anprangert statt das Ungenügen der Gehälter«²⁸. Rancière unterscheidet rigoros die Logik der polizeilichen Ordnungserhaltung von der Logik der demokratischen Ordnungsauflösung oder Veränderung.

Dennoch geht es ihm um die Berührung von Gleichheitslogik und Ordnung und dies ist jeder Streik. Denn selbst wenn gewerkschaftliche Arbeitskämpfe »nur« Autoritätsverhältnisse in Frage stellen oder Reformen statt Revolutionen anstreben, so machen sie genau das, was Rancière als den demokratischen Moment ausmacht: Sie »[verwandeln] die gleichheitliche Logik in politische Logik«²⁹. Die Gleichheit der Werktätigen, welches Werk auch immer sie verrichten, mag nicht der universellen menschlichen Gleichheit entsprechen, aber sie spricht einen Gleichheitsanspruch aus, der die Ordnung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden in Frage stellt. Insbesondere umfassende Vertretungsansprüche von Gewerkschaften, wie es in der Bundesrepublik mit *ver.di* der Fall ist, inszenieren in ihren Arbeitskämpfen der Tarifrunden stets »den Abstand zwischen dem Anteil der Arbeit als gesellschaftlicher Funktion und der Abwesenheit des Anteils derer,

24 Rancière 2016: 108.

25 Rancière 2016: 109.

26 Rancière 2002: 42.

27 Rancière 2002: 47.

28 Rancière 2002: 44.

29 Rancière 2002: 46.

die sie ausführen«³⁰, was nach Rancière der Vorgang der »politischen Subjektivierung« ausmacht. Erzieher*innen oder Pflegekräfte sind nicht, wie die Proletarier*innen im 19. Jahrhundert, Rancières steter Referenzpunkt, Subjektpositionen, die in unserer gegenwärtigen Ordnung nicht vorkommen und erst entstehen müssen. Aber man vergisst ihre Anwesenheit, ihre Arbeit, ihren niedrigen Lohn und physischen sowie psychischen Belastungen in einem Land, das medial zusammenzuckt, wenn ein großer Autohersteller von »Krise« spricht. Durch die gewerkschaftlichen Inszenierungen und Forderungen wird der Abstand in Erinnerung gerufen, der zwischen dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit und ihrer Entlohnung sowie ihren Arbeitsbedingungen liegt.

Es gibt noch eine weitere Funktion der Gewerkschaften und ihrer organisierten Arbeitskämpfe, die im Einklang mit Rancières Definition radikaldemokratischer Subjektivierung steht und zudem eine Analogie mit Laclaus Theorie der Artikulation bildet: Die Verbindung verschiedener Forderungen oder die Verbindung von Forderungen und Subjektpositionen oder die Verbindung von Forderungen und Weltansicht. Nimmt man beispielsweise die Einführung der Fünf-Tage-Woche in der Bundesrepublik als (erfolgreiche) gewerkschaftliche Forderung, so sieht man, dass in diesem Arbeitskampf sowohl die Subjektposition der Arbeitenden wie auch die hochbürgerliche Weltaufteilung mitverhandelt wurden. Die Sozialdemokratin Faerber-Husemann zitiert in ihrer Darstellung zum fünfzigsten Jahrestag der Einführung der 5-Tage-Woche den damaligen VW-Generaldirektor Nordhoff:

»Sicher wäre ein freier Samstag für viele ein schönes Geschenk, aber für viele auch ein Fluch. Die meisten Menschen leben ohnehin auf der Flucht vor sich selbst. Ihnen wäre ein fehlender Arbeitstag kein Segen, sondern die Leere würde noch vergrößert. Und die trostlose Flachheit, mit der die meisten ihre freie Zeit vertrödeln, würde noch stärker zu Tage treten«³¹.

Mit »den meisten Menschen« meinte der Generaldirektor zumindest all jene, die dem Zwang der 6-Tage-Woche unterlagen. Ihre Subjektposition als niedere Intelligenzen, die in ihrer »tostlosen Flachheit« von fürsorglichen Arbeitgeber*innen beschäftigt werden müssen, wird mit dem erfolgreichen Gewerkschaftskampf ebenfalls verändert: Zeit für Erholung in Parkanlagen, Schwimmbädern, für Kultur und Bildungsangebote, für Konsum und Reisen. Die bürgerliche Familienzeit wird nun auch den Arbeiter*innen zuteil, die bürgerlichen Freizeitwelten bevölkern sich mit neuen Subjekten. Die Weltaufteilung von Arbeit und Freizeit, von sozialer Schicht und Bildung sowie Kultur wird auch durch die gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe neugestaltet. »Wem gehört die Zeit«³² bleibt eine Grundfrage der Weltaufteilung und ist eine gewerkschaftliche Formulierung. Diese Formulierung bringt Arbeitszeit mit Lebenszeit und Freizeit sowie Selbstverkauf auf dem Arbeitsmarkt mit Gestaltungsmacht in Verbindung und macht damit »den Wi-

30 Rancière 2002: 48.

31 Faerber-Husemann 2004.

32 IG Metall 2016.

derspruch zweier Logiken sichtbar« was gleichbedeutend mit »politischer Subjektivierung«³³ ist.

4. Gewerkschaften als sozialer Akteur im ewigen Kampf um Gleichheit

Dass Elon Musk 120-Stunden-Wochen fordern kann, die »Lust auf Überstunden« im Wahlkampf gefordert wird und das Modell der Vier-Tage-Woche als »Milchmädchenrechnung« verunglimpft wird – das Milchmädchen vereint Klassismus und Sexismus – zeigt an, dass es nie »Ruhe« gibt, der Kampf um die Aufteilung der Welt keine Sicherung kennt und Fortschritt vielleicht nicht gleichermaßen wie Rückschritt möglich ist, aber eine real existierende Option bleibt. In dieser Gemengelage bilden Gewerkschaften einen traditionellen und aktuellen Anker der Gleichheitsansprüche in den Gesellschaften. Wenn sie zudem nicht zurückhaltend oder konsenssichernd auftreten, sondern zumindest zunächst laut, stark, selbstbewusst und fordernd in den Arbeitskampf hineingehen, bilden sie einen radikaldemokratischen Knotenpunkt in den liberal-kapitalistischen Gesellschaften. Die permanente Erinnerung daran, dass Lohnabhängige Gestaltungsmacht erlangen können, wenn sie sich organisieren, solidarisieren und in Gegnerschaft zu den Arbeitgeber*innen auftreten, bildet sowohl eine erinnerte politische Subjektivierung wie auch eine wahrscheinliche aktuelle Subjektivierung. Angesichts der Kompetenz und Potenz der liberal-kapitalistischen Diskursformation sind solche Knotenpunkte »Gefechtsstellungen«, die sowohl einen Rückzug wie auch einen Angriff erlauben.

Literatur

- Bhaimiya, Sawdah (2022): We asked top business school professors to analyze Elon Musk's first week running Twitter: »A case study of failed leadership«. www.businessinsider.com/elon-musk-leadership-analysis-by-business-school-professors-2022-11. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Der Standard (2022): Überstunden oder Kündigung: Musk stellt Twitter-Mitarbeiter vor Ultimatum. www.derstandard.de/story/2000140901972/ueberstunden-oder-kuendigung-musk-stellt-twitter-mitarbeiter-vor-ultimatum. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Eribon, Didier (2009) : *Retour à Reims*, Fayard.
- Faeber-Husemann, Renate (2004): Vati gehört samstags mir. www.deutschlandfunk.de/samstags-gehoert-vati-mir-100.html. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2017): Postmoderne Sozialdemokraten. Gabriel fordert Kurskorrektur von SPD. www.faz.net/aktuell/politik/inland/postmoderne-sozialdemokraten-gabriel-fordert-kurskorrektur-von-spd-15343693.html. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.

33 Rancière 2002: 52.

- Hampe, Michael (2016): Katerstimmung bei den pubertären Theoretikern. Seitdem die Rechte postfaktisch geworden ist, hat die kulturwissenschaftliche Linke ein echtes Problem. www.zeit.de/2016/52/kulturwissenschaft-theorie-die-linke-donald-trump-postfaktisch-rechtspopulismus. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- IG Metall (2016): Wem gehört die Zeit? <https://www.igmetall.de/ueber-uns/kampagnen/mein-leben--meine-zeit/wem-gehoert-die-zeit>. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz, Turia + Kant.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Passagen.
- Rancière, Jacques (2016): Der Hass der Demokratie, Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Suhrkamp
- Sarasin, Philipp (2017): Fakten und Wissen in der Postmoderne. www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/245449/fakten-und-wissen-in-der-postmoderne. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Scheppele, Kim Lane (2025): Trumps Gegenverfassung. »He who saves his Country does not violate any Law«. www.verfassungsblog.de/trumps-gegenverfassung/. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Schmidt, Eberhard (1971): Ordnungsfaktor oder Gegenmacht: Die politische Rolle der Gewerkschaften, Suhrkamp.
- Van Dyk, Silke (2006): Die Ordnung des Konsenses: Krisenmanagement durch soziale Pakte am Beispiel Irlands und der Niederlande, Nomos.
- Wellable (2025) : Amazing And Terrible: What It's Like To Work With Elon Musk. www.wellable.co/blog/amazing-and-terrible-what-its-like-to-work-with-elon-musk/#h-the-pitfalls-of-autocratic-leadership. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.
- Zinke, Guido (2020): Lohnentwicklung in Deutschland und Europa www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/322503/lohnentwicklung-in-deutschland-und-europa/. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2025.